

(Staatsminister Dr. von Rüger.)

(A) Dazu kommen noch zu den Ausgaben andere Momente. Wir haben, ich muß sagen, leider mit sehr hohen Kohlenpreisen zu rechnen. Es ist hier nicht die Gelegenheit auseinanderzusetzen, wie es kommt, daß das tägliche Brot der Industrie — denn die Kohle ist das tägliche Brot der Industrie —

(Sehr richtig!)

so enorm im Preise steigt und sich in so enorm hohem Preise hält. Es ist nicht meines Amtes, das hier zu untersuchen, ich habe mit der Tatsache zu rechnen, daß wir in der nächsten Zukunft jährlich mit 800,000 M. mehr für Kohlen rechnen müssen;

(Hört, hört!)

ändern kann ich das leider nicht. Es steht ebenso mit anderen Ausgaben. Dank dem Bemühen des Schienensyndikates zahlen wir ganz enorme Preise im Verhältnis zu den letzten Jahren für Schienen. Auch das ist ein Gegenstand, den zu ändern schlechterdings niemand imstande ist. Ich kann das jetzt nicht beziffern, aber schon für 1908 müssen wir wesentlich höhere Aufwendungen für Schienen machen.

(B) Bei anderen Dingen sind ja kleine Minderausgaben vorgesehen. Bei den jetzigen Kupferpreisen, wenn sie sich erhalten, werden wir in den Werkstätten nicht so viel für Kupfer auszugeben haben. Es kommen kleine Ersparnisse bei Petroleum usw. in Betracht, aber zu Gelde schlagen können sie überhaupt nicht gegenüber der Mehrausgabe, die wir nur für Kohlen und Schienen zu leisten haben.

Also man wird damit rechnen müssen, daß der veranschlagte Überschuß im Jahre 1908 nicht erreicht wird, wenn man sich auch der Hoffnung hingeben darf, daß vielleicht im Jahre 1909 die allgemeine Geschäftskonjunktur wieder günstiger liegen wird. Niemand kann im voraus sagen, wie sich die Verhältnisse gestalten werden. Indessen ist mir von sehr erfahrenen Geschäftsleuten gesagt worden, es sei durchaus nicht die Hoffnung zu verlieren, man könne vielmehr annehmen, daß im Jahre 1909 wenigstens kein weiterer Fortschritt der Verschlechterung eintreten wird.

(Sehr richtig!)

Aber das alles in Betracht gezogen, müssen wir doch an der Tatsache festhalten, daß wir gegenüber geschmälernten Einnahmen und gesteigerten Ausgaben auf einen glänzenden Überschuß keineswegs werden rechnen dürfen.

Ich meine, das sollte uns doch eine Mahnung sein, (C) daß wir, so berechtigt auch die hier und anderwärts vorgetragenen Wünsche nach neuen Eisenbahnlösungen sind und den einzelnen erscheinen mögen, doch recht kaltes Blut behalten und zufrieden sein sollten mit dem, was wir jetzt erreicht haben, eine ernste Mahnung, daß wir uns nicht wieder auf abschüssige Bahnen begeben, die uns sofort wieder in frühere Ungleichheiten zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes stürzen würden.

Das war das, was ich den Herren recht dringend ans Herz legen möchte.

(Lebhaftes Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Wolff.

Abg. **Wolff:** Als Vertreter der Gemeinden Unterjachsenberg-Georgenthal möchte ich die Königl. Staatsregierung bitten, dem nächsten Landtage eine Vorlage über den Bau einer Eisenbahn von Klingenthal nach Brunnödöbra-Unterjachsenberg-Georgenthal zu unterbreiten. Ich glaube, dieser Bahnbau ist sehr berechtigt, denn die dortige weitverzweigte Industrie befindet sich in einer der schwierigsten Lagen, und man könnte diese Bahn als Notstandsbahn bezeichnen. Der Herr Finanzminister hat sich persönlich überzeugt, (D) daß dort eine Eisenbahn geschaffen werden muß, wenn die dortige Industrie lebensfähig erhalten werden soll. Dabei würde aber die Gemeinde Klingenthal, welche glaubt, durch diesen Bahnbau in ihrer baulichen Entwicklung sehr benachteiligt zu werden, möglichst zu berücksichtigen sein.

Präsident: Das Wort wird zu diesem Gegenstande nicht weiter begehrt. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Kentisch:** Meine Herren! Die Finanzdeputation B billigt gewiß den Standpunkt der Regierung, daß Vorsicht im Eisenbahnbau gepflogen wird. Aber die Finanzdeputation B hält es auch für ihre Aufgabe, die in den Petitionen aufgeführten Tatsachen genauer als früher zu untersuchen. Es wird aufgefallen sein, daß für das Projekt, welches uns jetzt zur Beschlußfassung vorliegt, im vorigen Landtage noch die Zensur „zurzeit auf sich beruhen zu lassen“ gegeben wurde, während diesmal empfohlen worden ist, es der Königl. Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen. Es liegt das nicht etwa an einer ungenügenden Berichterstattung von früher, sondern wohl mehr daran, daß es sich die